

Justiz

Auf Leben und Tod

Lascher Umgang mit rechten Gewalttätern bringt die sachsen-anhaltinische Justiz in Verruf.

Die Nacht zum 1. September 1991 werden die vier Türken nie vergessen. Kurz nach null Uhr weckt splitterndes Glas die Männer, die in ihrem Mercedes-Kleinbus auf einem Parkplatz bei Magdeburg übernachteten. Skins reißen die Autotür auf und zerren Hasan Cagla, 34, aufs Pflaster. Ein Täter



Skin-Opfer Hasan Cagla: Neun Tage im Koma

schießt den Türken, vermutlich mit Leuchtmunition, in Brand. Hasan brennt wie eine Fackel, die Skins schauen zu.

Hasans Freund Ali Cimen, 37, rettet sich in den nebenan parkenden R 4 seines Onkels Naci Cimen, 56, mit dem zusammen die drei tagsüber Blumen verkaufen. Hasans Bruder Hüseyin, 30, gelingt es, den Kleinbus zu starten. Die Skins springen in ihre Autos.

Eine wilde Verfolgungsjagd beginnt. Sie endet, als Hüseyin total demolierter Wagen streikt. Ein Skin reißt einen Begrenzungspfahl aus dem Boden und prügelt auf den Türken ein.

Hüseyin wird von Ali Cimen und seinem Onkel gerettet, die in dem R 4

hinter dem Bus hergefahren sind. Die drei fliehen im Renault weiter.

Die Skins geben nicht auf. Sie treiben den R 4 in eine Sackgasse an der Elbe und drücken das Auto in den Fluß. „Die Türken“, sagt ein Skin später aus, „sollten nicht mehr entkommen.“

Doch die Insassen des R 4 können sich aus dem Wagen befreien. In panischer Angst schlagen Hüseyin und sein Freund Ali auf ihre Verfolger ein. „Es ging“, sagt Hüseyin, „um Leben und Tod.“ Schließlich flüchten die Skins.

Hüseyins Bruder Hasan lag neun Tage im Koma. Er erlitt Verbrennungen dritten Grades und ein schweres Schädelhirntrauma. An den Folgen des Verbrechens wird er lebenslang leiden: Sein rechter Arm ist gefühllos, ständig plagen ihn Kopfschmerzen, er hat bereits mehrere Hauttransplantationen hinter sich.

„habe ich noch nie gesehen. Bei jedem Verkehrsunfall mit Blechschaden wird genauer ermittelt.“

Der Leitende Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers räumt „Ermittlungsfehler“ ein, schiebt die Pannen aber auf Anlaufschwierigkeiten nach der Wende: „Damals war die Justiz in Sachsen-Anhalt in einem desolaten Zustand, heute würde uns das nicht mehr passieren.“

Eine kühne Aussage angesichts der Ermittlungsspannen gegen rechtsradikale Gewalttäter nach den Magdeburger Rassistenkrawallen. Jüngstes Beispiel für den unbeschwerten Umgang sachsen-anhaltinischer Ordnungshüter mit der Gewalt von rechts: In der vergangenen Woche schlugen Skins in Halle einen Asylbewerber zusammen. Die Polizei ließ die Täter laufen.

Im Fall Cagla taugt die Jaspers-Entschuldigung schon deswegen nicht, weil Tathergang und Motive leicht zu ermitteln waren: Die an dem Überfall Beteiligten wurden schnell gefaßt und waren teilweise geständig. Sie seien zu dem Parkplatz gefahren, so der damals 19jährige Steffen, um Türken „fertigzumachen“.

Selbst der Name des mutmaßlichen Täters, der Hasan Cagla in Brand geschossen haben soll, findet sich in den Aussagen der Beschuldigten. Doch die Staatsanwaltschaft hat die Skins nicht wegen versuchten Totschlags oder versuchten Mordes angeklagt, sondern lediglich wegen schwerer Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs.

Von den inzwischen etwa 30 ermittelten Tatbeteiligten kam keiner in Haft. Einige von ihnen überfielen ein Jahr später in Magdeburg ein Lokal. Der 23 Jahre alte Torsten Lamprecht kam dabei ums Leben. Einer der Beschuldigten war jüngst auch bei den Magdeburger Vatertagsschlägereien dabei. □

Sicherheit

Nachtwache für alle

Als erste Stadt plant Dresden die Einrichtung eines halbprivaten Sicherheitsdienstes.

Der Dresdner Ordnungsdezernent Bernd Ihme, 50, ist ein untypischer Staatsdiener: Er will Kompetenzen abgeben.

„Sehr rational“, sagt CDU-Mann Ihme, habe er die Kriminalitätsentwicklung in der sächsischen Landeshauptstadt beobachtet. Jetzt scheint eine

Den Tätern geht es besser: Fast drei Jahre nach der Schreckensnacht hat die Justiz immer noch keinen Prozeßtermin anberaumt.

Polizei und Staatsanwaltschaft zeigten von Anfang an nur geringes Interesse an dem Fall; die Ermittlungen liefen schlampig und lustlos. Die Opfer wurden bislang erst einmal vernommen – Anfang September 1991, als sie den Überfall bei der Polizei anzeigten. Seither haben sie von den Ermittlungsbehörden nichts mehr gehört.

Fast zwei Jahre schlummerte das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Magdeburg. Zeitweilig waren die Akten verschollen. „Derartig schludrige Ermittlungsakten“, sagt der Cagla-Anwalt Gregor Kochhan fassungslos,

Patentlösung gefunden: Teilprivatisierung.

Schon vom kommenden Jahr an, so schwebt es Ihme vor, wird eine kommunale Beteiligungsgesellschaft in Dresden Ordnung und Sicherheit überwachen. Das Unternehmen (städtischer Anteil: 51 Prozent) soll für bessere Koordination zwischen Kommune, Polizei und Staatsanwaltschaft sorgen. Uniformierte Wachmänner würden dann, vorwiegend nachts, verstärkt auf Dresdens Straßen patrouillieren, private Anwesen sollen besser geschützt werden.

Mit einem solchen Nachtwächter-Service könne die Stadt sogar noch Geld sparen, versichert der Münchner Juraprofessor Armin Steinkamm, 54, der das bundesweit einzigartige Konzept für Dresden entworfen hat. Beim vorgesehenen halbprivaten Arbeitgeber, der 78-jährige Stadtbedienstete übernehmen soll, würden, so Steinkamm, niedrigere Personalkosten für die Kommune anfallen; außerdem setzt der Professor auf „Synergie-Effekte“ durch bessere Koordination.

So würden Kaufhaus, Juweliergeschäft und Bank in derselben Straße zur Zeit oft von drei verschiedenen Unternehmen bewacht. Das neue Unternehmen werde statt dessen die drei Firmen an einen Tisch bringen und eine gemeinsame Bewachung vorschlagen.

„Die Läden sparen teure Anfahrtsweg“, rechnet Steinkamm vor, „und die Kommune weiß: Der Wachmann kümmert sich um die ganze Straße, nicht nur um einen Laden.“

Von solchem Schutz erhoffen sich viele Geschäftsleute auch die Abschreckung unliebsamer Kundschaft. Betrunkene und Bettler können von den Gewerbetreibenden zwar der Tür verwiesen werden, am Eingang des Ladens aber enden Hausrecht und Einfluß der Kaufleute.

Mit seinen Vorstellungen vom Nachtwächter für alle stößt Steinkamm besonders in ostdeutschen Städten auf Interesse. Hilflos stehen viele Kommunalbeamte vor einem rasch größer werdenden Dilemma: einerseits leere Stadtkassen, andererseits explodierende Kleinkriminalität wie Ladendiebstähle und Einbrüche, die von der Polizei mangels Personal kaum noch verfolgt werden.

Auch im Westen kaufen sich viele Bürger ihre Sicherheit längst von privaten Unternehmen. Privatsheriffs bewachen Villen im Kölner Millionärsviertel Hahnwald ebenso wie im feinen Hamburger Stadtteil Othmarschen. Privatwächter wurden aber auch schon von Geschäftsleuten in Hamburg, Hannover oder Stuttgart angeheuert, um Ladeneingänge von Junkies und Trunkenbolden freizuhalten (SPIEGEL 42/1991).

In Düsseldorf plant eine „Interessengemeinschaft der Kö-Anlieger“ gar den



U-Bahn-Wächter in München: Blaue Sheriffs statt Schwarzer Sheriffs

Einsatz ziviler Sheriffs, die – ohne jede Rechtsgrundlage – „von 10 bis 18 Uhr täglich“ alle „unerwünschten Personen“ von der Prachtstraße verscheuchen sollen.

Voriges Jahr lag der Umsatz der Branche, so der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen, bei rund 3,6 Milliarden Mark. Fast 200 000 Menschen arbeiten bundesweit als Detektive, Werkschützer und Wachmänner.

Ihre Dienste werden in zunehmendem Maß auch von öffentlichen Einrichtungen in Anspruch genommen. So engagierte das Städtische Klinikum Fulda ein privates Unternehmen zur Abschreckung von Kleinkriminellen. In Nordrhein-Westfalen und Hamburg tun

Wachmänner Dienst in Abschiebehäftanstalten.

Martialisch auftretende Schwarze Sheriffs bewachten jahrelang auch die Münchner U-Bahn – bis die Stadt, ständiger Bürgerbeschwerden über das rüde Auftreten überdrüssig, eine eigene U-Bahn-Wache ins Leben rief. Deren 55 „Blaue Sheriffs“, darunter ein halbes Dutzend Frauen, sind Angestellte einer Gesellschaft mit städtischer Mehrheitsbeteiligung; 49 Prozent Anteil hält die Firma Raab Karcher.

Durch die meist schlechte Ausbildung und die fehlende Kontrolle ihrer Wächter geraten Sicherheitsfirmen immer wieder ins Gerede. In der Branche gebe es viele Betriebe, glaubt Birgitt Collisi, Fachreferentin beim Deutschen Städtetag, „die ihre Leute im Rotlichtmilieu rekrutieren“.

In den neuen Bundesländern sind überdies viele frühere Stasi-Mitarbeiter ins Boomgeschäft Wachschutz eingestiegen. Trotzdem scheint dort der Trend zur Privatisierung von Polizeiaufgaben ebenso wenig aufhaltbar wie im Westen.

In einem Katalog der bayerischen Staatsregierung etwa werden Tierkadavertransporte, Fundbüros oder der Verkehrunterricht an Schulen als privatisierungsfähig aufgeführt. Mancherorts soll die Polizei aber auch hoheitliche Aufgaben wie die Verkehrsüberwachung an Privatfirmen abgeben.

Um die Filme aus den Überwachungskameras zu nehmen, brauche man natürlich keine Polizisten, findet der Münchner Stadtdirektor Horst Reif. „Aber die Auswertung des Films durch Private, das ist ein anderer Schritt.“ Auch der Deutsche Städtetag wertet derlei Privatisierungsvorhaben als „datenschutzrechtlich höchst bedenklich“.

Dresdens Dezernent Ihme hält offenbar nicht allzuviel von derartigen Beden-



Sicherheitsplaner Steinkamm
„Guter Partner“

ken. „Es ist sicher gut“, glaubt der Kommunalpolitiker, „wenn man Rationalisierungsuntersuchungen nicht von denen machen läßt, die von den Folgen betroffen wären.“

Auf seinen „guten Partner“ Steinkamm mag Ihme diese Regel offenbar nicht anwenden: Der Professor, der die Teilprivatisierung des Dresdner Sicherheitswesens propagiert, ist im Nebenberuf Geschäftsführer der Gesellschaft für Zivile Sicherheitsdienste mit Sitz in Weimar.

Und die will „natürlich“ an der Ausschreibung für die Dresdner Beteiligungsgesellschaft teilnehmen. □

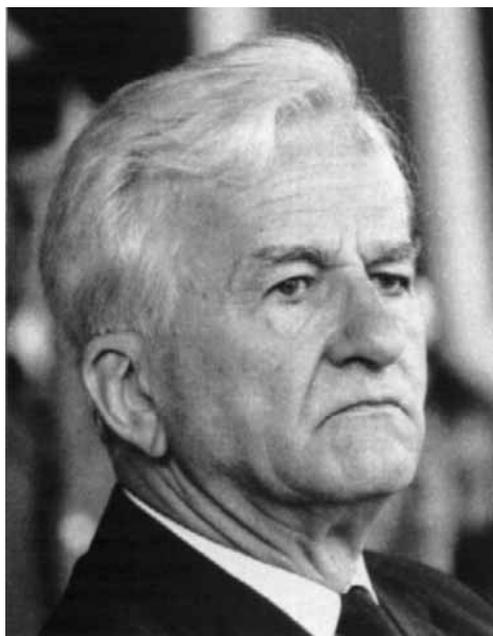
Fernsehen

Spirale der Superlative

Nach dem Willen Richard von Weizsäckers soll ein Medienrat künftig das Fernsehen kontrollieren.

Im Berliner Schloß Bellevue empfing Hausherr Richard von Weizsäcker, 74, vergangenen Donnerstag eine illustre Runde. Einträchtig saßen am Tisch des Bundespräsidenten sieben Mächtige des deutschen Fernsehens zusammen.

Bei Kaffee, Wasser und Gebäck wurden Jobst Plog (ARD), Leo Kirch (Sat 1, Pro 7), Helmut Thoma (RTL), Mark Wössner (Bertelsmann), Günter Prinz (Axel Springer Verlag), Rudi Sölch



TV-Wächter Weizsäcker
„Rückkehr höfischer Öffentlichkeit“



TV-Sexfilm „Schulmädchen-Report“: „Voyeurhaftes Zeigen“

(ZDF) und Verleger Dieter von Holtzbrinck zwei Stunden lang mit den Details einer kritischen TV-Studie konfrontiert, die Weizsäcker aus Sorge um „ethische Minima“ in Auftrag gegeben hatte (SPIEGEL 5/1994).

Eine Kommission aus Wissenschaftlern, Medienjuristen und Praktikern unter Vorsitz des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Ernst Gottfried Mahrenholz hat, genau zehn Jahre nach Start des Kommerzfunks, in einem „Bericht zur Lage des Fernsehens“ allerlei Fehlentwicklungen beschrieben:

▷ Bei der Jagd nach Sensationen komme es zu „Grenzüberschreitungen, die durch voyeurhaftes Zeigen die Würde von Opfern verletzen“; in Shows habe eine „Spirale der Superlative“ eingesetzt. Fernsehunterhaltung suggeriere „eine Welt, die nicht die unsere ist“; unter dem Diktat der Einschaltquote komme der Kultur im Fernsehen nicht „vielmehr als eine Alibi-Rolle“ zu.

▷ Die „Allgegenwart von Gewaltszenen“, mehrere pro Stunde, führe zu Abstumpfung und fördere „autoritäre Gesellschaftsvorstellungen“. Softpornos wie „Schulmädchen-Report“, Samstagabend im Kommerzprogramm, setzten häufig am „Vergewaltigungsmythos“ an und zeigten anfangs widerstrebende Frauen, die sich später begeistert auf maskuline Attacken einließen.

▷ Die politische Glaubwürdigkeit des Fernsehens habe „deutlich“ abgenommen, Nachrichten wür-

den boulevardisiert. Die Vertreter der Parteien seien so häufig in Talkrunden und Spielshows, „daß Politiker ihren potentiellen Wählern in dieser Rolle vertrauter werden als in ihrem politischen Amt“; das sei „eine Rückkehr der höfischen Öffentlichkeit“.

Nach Ansicht der Weizsäcker-Gutachter bedarf die TV-Mixtur aus Gewalt, Flachsinn, Sex und Polit-Posen sozialer Kontrolle. Ziel sei, daß „unabhängige und mit Kompetenz ausgestattete Beiräte publizistische Vielfalt auch dort sichern, wo ein Veranstalter ökonomisch gesehen dominiert“.

Das ist illusorisch. Statt dessen wird nach den aktuellen Planungen zum Jahresanfang 1995 ein unabhängiger Medienrat beim Bundespräsidenten gegründet. Er soll, finanziert aus dem Gebührenaufkommen, die Programme beobachten und Rügen aussprechen. Das würde jeden TV-Haushalt noch nicht einmal einen Pfennig pro Monat kosten.

Vorerst vergebens legt die TV-Kommission die Gründung einer gemeinnützigen „Stiftung Medientest“ nahe, die nach dem Vorbild von Stiftung Warentest strittige Programme auswertet und archiviert. Um sich zu finanzieren, sollte sie Aufträge für gezielte TV-Beobachtung akquirieren sowie eine eigene TV-Programmzeitschrift herausgeben. Auch als Anlaufstation für Zuschauerbeschwerden war die Stiftung vorgesehen: „Je mehr die Fernsehnutzer als Verbraucher behandelt werden und je mehr das Fernsehen zur Verkaufsförderung genutzt wird – von der Werbung bis zum Teleshopping –, um so größer wird der Bedarf an Verbraucherschutz.“

Ein Kontroll- und Rätssystem ist den Managern der Mediengiganten ein Greu-